



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin!

Am Mittwoch wurde Angela Merkel in Berlin zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt. Damit fand eine sehr lange Regierungsbildung endlich ihren Abschluss. Nach ihrer Wahl wurden die Kanzlerin und das Kabinett vom Bundespräsidenten ernannt und vor dem Parlament vereidigt.

Angela Merkel erklärte nach der Wahl, dass die neue Bundesregierung es sich zur Aufgabe machen wird, die Probleme derer zu lösen, die im Herbst aus Protest AfD gewählt haben. Für sie sei klar, dass es ein „weiter so“ überhaupt nicht geben kann, weil die Probleme vollkommen anders geworden sind.

Höchste Priorität habe nun der Bundeshaushalt für das laufende Jahr 2018. ■



Kein Alleingang der SPD beim Werbeverbot für Abtreibungen

Die SPD hat kurz vor der Wiederwahl der Bundeskanzlerin angekündigt, dass sie ihren Gesetzesentwurf zur Abschaffung von § 219a StGB, in dem das Werbeverbot für Abtreibungen geregelt ist, im Bundestag nicht zur Abstimmung stellen wird. Damit ist eine erste schwere Belastung der neuen Koalition verhindert worden.

Worum geht es bei §219a StGB?

Im letzten Jahr wurde eine Frauenärztin zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt, die auf ihrer Internetseite beim Leistungsspektrum ihrer Praxis u.a. auch Schwangerschaftsabbrüche aufgezählt hatte. Das Gericht sah dies als Verstoß gegen § 219a StGB, der die Werbung für Abtreibungen untersagt. In der Folge erarbeiteten Linke, Grüne, FDP und die SPD jeweils Gesetzesentwürfe, um diese Vorschrift abzuschaffen. Die Unionsparteien verweigerten die Mitarbeit an einer fraktionsübergreifenden Lösung, weil wir das Werbeverbot für richtig halten. Wenn Abtreibungen neben anderen Praxisleistungen aufgeführt sind, entsteht der völlig falsche Eindruck,

dass es sich um einen ganz normalen Eingriff handelt. Das ist eine Abtreibung aber nicht! Vor der Ankündigung der SPD hatten sich viele Abgeordnete von CDU und CSU über die Absicht der Sozialdemokraten empört, gemeinsam mit Linken, Grünen und FDP in dieser Frage eine Mehrheit zu suchen. Insbesondere in der Sitzung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg kam es am Montagabend zu großem Unmut. Dienstagmittag lenkte die SPD schließlich ein. Das Bundesjustizministerium soll nun ausloten, ob eine von allen Koalitionsparteien getragene Lösung denkbar ist. Der Vorgang zeigt eines sehr deutlich: Eine Minderheitsregierung, die von einigen nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen ins Spiel gebracht wurde, wäre sehr gefährlich. Gerade in Fragen der Gesellschaftspolitik, aber auch in Teilen der Innenpolitik, besteht durchaus großes Einvernehmen zwischen Linkspartei, Grünen, SPD und FDP, die – wie das Werbeverbot zeigt – zu Mehrheiten zusammenfinden können. ■